

Theresa Görgen

Unternehmerische Haftung in transnationalen Menschenrechtsfällen

Eine Untersuchung der zivilrechtlichen Haftung
unter besonderer Berücksichtigung der UN-Leitprinzipien
für Wirtschaft und Menschenrechte



Nomos

Studien zum Internationalen Wirtschaftsrecht/
Studies on International Economic Law

Herausgegeben von

Prof. Dr. Marc Bungenberg, LL.M., Universität des Saarlandes

Prof. Dr. Christoph Herrmann, LL.M., Universität Passau

Prof. Dr. Markus Krajewski, Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

Prof. Dr. Carsten Nowak, Europa Universität Viadrina,
Frankfurt/Oder

Prof. Dr. Jörg Philipp Terhechte,
Leuphana Universität Lüneburg

Prof. Dr. Wolfgang Weiß, Deutsche Universität
für Verwaltungswissenschaften, Speyer

Band 27

Theresa Görgen

Unternehmerische Haftung in transnationalen Menschenrechtsfällen

Eine Untersuchung der zivilrechtlichen Haftung
unter besonderer Berücksichtigung der UN-Leitprinzipien
für Wirtschaft und Menschenrechte



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Berlin, FU, Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6072-5 (Print)

ISBN 978-3-7489-0201-0 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Für Mama (1963-2006)

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2019 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur sind bis Juni 2019 berücksichtigt worden.

Zum Gelingen dieser Arbeit haben einige Menschen beigetragen, denen an dieser Stelle mein Dank gebührt.

Meinem Doktorvater Herrn *Prof. Dr. Christian Armbrüster* danke ich für die hervorragende Betreuung während der gesamten Promotionszeit und die zahlreichen wertvollen und hilfreichen Ratschläge in jeder Phase des Promotionsverfahrens.

Herrn *Prof. Dr. Helmut Aust* danke ich für die aufmerksame und zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Dank sagen möchte ich auch dem *Cusanuswerk* für die finanzielle und ideelle Förderung sowie der *Studienstiftung des deutschen Volkes* für die ideale Förderung im Rahmen der jeweiligen Stipendienprogramme für Doktoranden. Durch das Stipendium hatte ich die Möglichkeit, mich voll und ganz auf die Promotion konzentrieren zu können. Der interdisziplinäre Austausch mit anderen Doktoranden im Rahmen der Graduiertentagungen und Doktorandenforen hat mich fachlich und persönlich bereichert und die Anregungen zu meinem Dissertationsthema aus den verschiedensten Fachdisziplinen haben mir vielfach neue Perspektiven für die Bearbeitung des Themas aufgezeigt.

Dank schulde ich auch Frau *Monika Paulat*, Präsidentin des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg a.D., die mich während der Promotion als Mentorin begleitet hat. Unsere regelmäßigen Treffen und Diskussionen über die zentralen Probleme der unternehmerischen Haftung für Menschenrechtsverletzungen haben wesentlich zu meinem Fortkommen bei der Dissertation beigetragen. Auch die darüber hinausgehende Unterstützung im Hinblick auf meine berufliche Orientierung und meinen persönlichen Werdegang war stets eine große Hilfe.

Ohne die tolle Unterstützung von vielen lieben Menschen aus meiner Familie und meinem Freundeskreis wäre die Arbeit wohl nie zu einem Ende gekommen. Stellvertretend für viele seien hier die folgenden Personen genannt:

Vorwort

Danken möchte ich zunächst *Liesa Marie Reffert*, *Stefanie Eckwerth*, *Madeleine Keil* und *Elisabeth Krone* für Ihre Mühen beim Korrekturlesen dieser Arbeit.

Mein Vater *Helmut Pöppelbaum* und meine Paten *Marie-Theres* und *Werner Münstermann* hatten in meiner Schulzeit, im Studium und in der Promotion stets ein offenes Ohr für mich, haben mir mit Rat und Tat zur Seite gestanden und mir ständigen Rückhalt gegeben.

Der größte Dank aber gebührt meinem Mann *Lukas*, der mich durch alle Höhen und Tiefen der Arbeit an der Dissertation begleitet, mich vor allem in den Tiefen stets aufgefangen, immer an mich geglaubt, mich zur richtigen Zeit aus der „Dissertationsblase“ hinaus geholt hat und der mein Leben so sehr bereichert.

Ich widme diese Arbeit meiner Mutter, *Christa Pöppelbaum*, die im Jahr 2006 viel zu früh verstorben ist, für die wir Kinder und die Familie immer an erster Stelle standen, die bis dahin immer für mich und meine Brüder da war und uns in jeglicher Hinsicht liebevoll unterstützt hat.

Mülheim an der Ruhr, im Juni 2019

Theresa Görgen

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	31
Kapitel 1 Einleitung	43
§ 1 Problemstellung	43
§ 2 Ziel und Gegenstand der Untersuchung	50
§ 3 Gang der Untersuchung	52
Kapitel 2 Grundlagen	55
§ 4 Begriff und rechtliche Ausgestaltung transnationaler Unternehmen	55
A. Begriff des transnationalen Unternehmens	55
B. Rechtliche Ausgestaltung von Unternehmensverbindungen	56
§ 5 Die rechtliche Konzeption der Menschenrechte	58
A. Der Begriff der Menschenrechte	58
B. Völkerrechtliche Grundlagen des Menschenrechtsschutzes	59
§ 6 Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Unternehmen in der Praxis: Fallbeispiele	65
A. Missachtung arbeitsrechtlicher Mindeststandards	66
B. Verursachung von Umwelt- und damit zusammenhängenden Gesundheitsschäden	68
C. Illegale Landnahme und damit verbundene Vertreibung von indigenen Völkern	71
D. Unterstützung von dem Staat zurechenbaren Menschenrechtsverletzungen – gewaltsame Verfolgung von sozialen Bewegungen bzw. Unterstützung von unterdrückerischen Regierungen oder Gruppen	73
Kapitel 3 Menschenrechtliche Verantwortlichkeit transnationaler Unternehmen und Corporate Social Responsibility	77
§ 7 Internationale Verhaltensstandards	78
A. Überblick über ausgewählte Verhaltensstandards	79

Inhaltsübersicht

B. Im Besonderen: Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte	86
§ 8 Globale Rahmenabkommen	102
§ 9 Unternehmerische Verhaltensstandards	104
A. Grundlagen	104
B. Meinungsstand	105
C. Stellungnahme	107
§ 10 Bedeutung von CSR-Standards	108
A. Wirksamkeit	108
B. Tendenz zur Verrechtlichung	110
Kapitel 4 Völkerrechtliche Verantwortlichkeit für Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Unternehmen	115
§ 11 Völkerrechtliche Verantwortlichkeit transnationaler Unternehmen	115
A. Völkerrechtssubjektivität von transnationalen Unternehmen	115
B. Ableitung von völkerrechtlichen Pflichten aus Völkervertragsrecht	117
C. Ableitung von völkerrechtlichen Pflichten aus Völkergewohnheitsrecht	120
D. Völkerrechtliche Pflichten durch Verträge zwischen Staat und Unternehmen	123
E. Verantwortlichkeit im Rahmen des Völkerstrafrechts	123
F. Zwischenergebnis und Ausblick	124
§ 12 Staatliche Verantwortlichkeit für Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Unternehmen	126
A. Staatliche Verantwortlichkeit für das Handeln privater Akteure	126
B. Staatliche Verantwortlichkeit aufgrund der Verletzung staatlicher Schutzpflichten	127
§ 13 Fazit	137
Kapitel 5 Haftung des Unternehmens gegenüber den Geschädigten nach deutschem Recht	139
§ 14 Zulässigkeit und Geeignetheit des Rückgriffs auf nationales Recht	139

A. Völkerrechtliche Zulässigkeit der Regulierung transnationaler Menschenrechtsfälle durch nationales Recht – das Problem der extraterritorialen Jurisdiktion	139
B. Geeignetheit des Rückgriffs auf das nationale Zivilrecht	142
§ 15 Vertragsrecht	143
A. Eigene vertragliche Ansprüche der Geschädigten	144
B. Ausdehnung der unternehmerischen Sorgfaltspflichten: Einbeziehung der Geschädigten als Dritte in vertragliche Schuldverhältnisse	144
§ 16 Deliktsrecht	149
A. Anwendbares Recht	150
B. Haftung gemäß § 823 Abs. 1 BGB	203
C. Haftung gemäß § 831 Abs. 1 BGB	339
D. Haftung gemäß § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. einem Schutzgesetz	349
E. Haftung gemäß § 826 BGB	379
F. Rechtsdurchsetzung	386
§ 17 Gesellschaftsrecht	395
A. Anwendbares Recht	396
B. Haftung der herrschenden Gesellschaft für Verbindlichkeiten abhängiger Gesellschaften kraft Haftungsdurchgriffs	398
C. Haftung der Leitungsorgane der Konzernobergesellschaft gemäß §§ 93 Abs. 2, 76 Abs. 1 AktG für fehlende / unzureichende Compliance-Maßnahmen	404
Kapitel 6 Haftung des Unternehmens aufgrund fehlerhafter öffentlicher Angaben zu CSR-Maßnahmen	419
§ 18 Möglichkeit zur Vertragsanfechtung wegen arglistiger Täuschung	420
A. Angaben über CSR-Maßnahmen als Tatsachen	421
B. Täuschungshandlung	422
C. Kausalität zwischen Täuschungshandlung, Irrtum und Willenserklärung	427
§ 19 Haftung nach dem Mängelgewährleistungsrecht: Nichteinhaltung von Angaben zu CSR-Maßnahmen als Grundlage für einen Sachmangel gemäß § 434 Abs. 1 S. 3 BGB	428
A. Praktische Bedeutung	428
B. Angaben zu CSR-Maßnahmen als öffentliche Äußerung i.S.v. § 434 Abs. 1 S. 3 BGB	430

Inhaltsübersicht

C. Person des Äußernden	433
D. Berechtigte Erwartung bestimmter Eigenschaften	434
E. Kein Ausschluss der Haftung	438
F. Rechtsfolgen	439
G. Möglichkeit zum Regress beim Hersteller	439
H. Zwischenergebnis	440
§ 20 Haftung aus culpa in contrahendo gemäß §§ 311 Abs. 1 Nr. 1, 241 Abs. 2 BGB	441
§ 21 Nichteinhaltung von Angaben zu CSR-Maßnahmen im Recht des unlauteren Wettbewerbs	442
A. Praktische Bedeutung	443
B. Angaben zu CSR-Maßnahmen als geschäftliche Handlung	445
C. Nichteinhaltung von Angaben zu CSR-Maßnahmen als Verstoß gegen § 3 Abs. 3 UWG i.V.m. dem Anhang zum UWG	449
D. Nichteinhaltung von Angaben zu CSR-Maßnahmen als irreführende geschäftliche Handlung gemäß § 5 UWG	450
E. Nichteinhaltung von Angaben zu CSR-Maßnahmen als Rechtsbruch i.S.v. § 3a UWG	456
F. Nichteinhaltung von Angaben zu CSR-Maßnahmen als unlautere geschäftliche Handlung i.S.d. lauterkeitsrechtlichen Generalklausel, § 3 Abs. 1 UWG	457
G. Zwischenergebnis	459
§ 22 Haftung gemäß § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. einem Schutzgesetz	460
§ 23 Haftung aufgrund einer Verletzung der Pflicht zur nichtfinanziellen Erklärung aus §§ 289b, 315b HGB	460
A. Adressaten	461
B. Form, Inhalt sowie Art und Weise der Berichterstattung	463
C. Konsequenzen eines Verstoßes gegen die Pflicht zur nichtfinanziellen Erklärung	466
D. Bedeutung für transnationale Menschenrechtsfälle, insbesondere verhaltenssteuernde Wirkung von Berichtspflichten	468
Kapitel 7 Schlussbetrachtung	474
§ 24 Rechtsgebietsübergreifende Betrachtung	474
A. Beweislast	474

B. Rechtliche Bedeutung öffentlicher Angaben des Unternehmens	477
§ 25 Zusammenfassung der wesentlichen Untersuchungsergebnisse	480
A. Menschenrechtliche Verantwortlichkeit transnationaler Unternehmen und Corporate Social Responsibility	480
B. Völkerrechtliche Verantwortlichkeit	481
C. Haftung von Unternehmen gegenüber Geschädigten nach nationalem Recht	483
D. Haftung des Unternehmens aufgrund fehlerhafter öffentlicher Angaben zu CSR-Maßnahmen	492
§ 26 Ausblick: Menschenrechtshaftung de lege ferenda	496
Literaturverzeichnis	507
Register	543

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	31
Kapitel 1 Einleitung	43
§ 1 Problemstellung	43
§ 2 Ziel und Gegenstand der Untersuchung	50
§ 3 Gang der Untersuchung	52
Kapitel 2 Grundlagen	55
§ 4 Begriff und rechtliche Ausgestaltung transnationaler Unternehmen	55
A. Begriff des transnationalen Unternehmens	55
B. Rechtliche Ausgestaltung von Unternehmensverbindungen	56
§ 5 Die rechtliche Konzeption der Menschenrechte	58
A. Der Begriff der Menschenrechte	58
B. Völkerrechtliche Grundlagen des Menschenrechtsschutzes	59
§ 6 Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Unternehmen in der Praxis: Fallbeispiele	65
A. Missachtung arbeitsrechtlicher Mindeststandards	66
B. Verursachung von Umwelt- und damit zusammenhängenden Gesundheitsschäden	68
C. Illegale Landnahme und damit verbundene Vertreibung von indigenen Völkern	71
D. Unterstützung von dem Staat zurechenbaren Menschenrechtsverletzungen – gewaltsame Verfolgung von sozialen Bewegungen bzw. Unterstützung von unterdrückerischen Regierungen oder Gruppen	73

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 3 Menschenrechtliche Verantwortlichkeit transnationaler Unternehmen und Corporate Social Responsibility	77
§ 7 Internationale Verhaltensstandards	78
A. Überblick über ausgewählte Verhaltensstandards	79
I. Durch internationale Organisationen gesetzte Standards	79
II. Durch private Akteure gesetzte Standards	81
III. Ausgewählte Standards mit Beteiligung unterschiedlicher Akteure	83
B. Im Besonderen: Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte	86
I. Entstehungsgeschichte	86
II. Der Inhalt der UN-Leitprinzipien – insbesondere die Verantwortung der Unternehmen zur Achtung der Menschenrechte	87
1. Die Pflicht der Staaten zum Schutz der Menschenrechte („Protect“)	88
2. Die Verantwortung der Unternehmen zur Achtung der Menschenrechte („Respect“)	88
3. Zugang zu Abhilfe („Remedy“)	90
III. Kritik und Bewertung	90
1. Meinungsstand	90
2. Stellungnahme	93
IV. Entwicklungen im Anschluss an die UN-Leitprinzipien	95
1. Schritte auf UN-Ebene	95
2. Staatliche Umsetzung der UN-Leitprinzipien durch Nationale Aktionspläne, insbesondere der Nationale Aktionsplan in Deutschland	98
§ 8 Globale Rahmenabkommen	102
§ 9 Unternehmerische Verhaltensstandards	104
A. Grundlagen	104
B. Meinungsstand	105
C. Stellungnahme	107
§ 10 Bedeutung von CSR-Standards	108
A. Wirksamkeit	108
B. Tendenz zur Verrechtlichung	110
I. Der Bangladesh Accord	110
II. Regulierung auf EU-Ebene	111

Kapitel 4 Völkerrechtliche Verantwortlichkeit für Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Unternehmen	115
§ 11 Völkerrechtliche Verantwortlichkeit transnationaler Unternehmen	115
A. Völkerrechtssubjektivität von transnationalen Unternehmen	115
B. Ableitung von völkerrechtlichen Pflichten aus Völkervertragsrecht	117
I. Völkerrechtliche Verpflichtung durch die Bestimmungen der Internationalen Pakte	117
II. Unmittelbare Wirkung der Verträge im Rahmen des nationalen Rechts	119
III. Zwischenergebnis	120
C. Ableitung von völkerrechtlichen Pflichten aus Völkergewohnheitsrecht	120
D. Völkerrechtliche Pflichten durch Verträge zwischen Staat und Unternehmen	123
E. Verantwortlichkeit im Rahmen des Völkerstrafrechts	123
F. Zwischenergebnis und Ausblick	124
§ 12 Staatliche Verantwortlichkeit für Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Unternehmen	126
A. Staatliche Verantwortlichkeit für das Handeln privater Akteure	126
B. Staatliche Verantwortlichkeit aufgrund der Verletzung staatlicher Schutzpflichten	127
I. Umfang und Reichweite staatlicher Schutzpflichten	127
II. Verantwortlichkeit des Gaststaates	130
III. Verantwortlichkeit des Heimatstaates – das Problem extraterritorialer Schutzpflichten	131
1. Territoriale Reichweite der staatlichen Pflichten im Völkervertragsrecht	132
2. Die Maastrichter Prinzipien zu den extraterritorialen Staatenpflichten im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte	135
3. Praktische Probleme, insbesondere Möglichkeit zur Durchsetzung potentieller extraterritorialer Staatenpflichten	137
§ 13 Fazit	137

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 5 Haftung des Unternehmens gegenüber den Geschädigten nach deutschem Recht	139
§ 14 Zulässigkeit und Geeignetheit des Rückgriffs auf nationales Recht	139
A. Völkerrechtliche Zulässigkeit der Regulierung transnationaler Menschenrechtsfälle durch nationales Recht – das Problem der extraterritorialen Jurisdiktion	139
I. Extraterritoriale Rechtsetzung	140
II. Extraterritoriale Rechtsanwendung	141
III. Extraterritoriale Rechtsdurchsetzung	141
B. Geeignetheit des Rückgriffs auf das nationale Zivilrecht	142
§ 15 Vertragsrecht	143
A. Eigene vertragliche Ansprüche der Geschädigten	144
B. Ausdehnung der unternehmerischen Sorgfaltspflichten: Einbeziehung der Geschädigten als Dritte in vertragliche Schuldverhältnisse	144
I. Anwendbares Recht	145
II. Schutzpflicht aufgrund Parteivereinbarung	146
III. Haftung nach den Grundsätzen des Vertrages mit Schutzwirkungen zugunsten Dritter	148
§ 16 Deliktsrecht	149
A. Anwendbares Recht	150
I. Handlungs- und Erfolgsort in transnationalen Menschenrechtsfällen	150
1. Erfolgsort	151
2. Handlungsort	152
a) Handlungsort bei aktivem Tun	154
b) Handlungsort bei Unterlassen	161
c) Handlungsort bei der Einschaltung von Gehilfen	163
d) Zwischenergebnis	165
II. Anwendbares Recht nach der Rom II-VO	166
1. Eröffnung des Anwendungsbereichs der Rom II-VO	166
a) Verletzung von Menschenrechten als Zivil- oder Handelssache	166
b) Vorliegen eines grenzüberschreitenden Sachverhalts	167
c) Bereichsausnahmen des Art. 1 Abs. 2 Rom II-VO	168
aa) Art. 1 Abs. 2 lit. d) Rom II-VO	168

bb) Art. 1 Abs. 2 lit. g) Rom II-VO	169
2. Einschlägige Kollisionsnormen	171
a) Vorrang der Rechtswahl gemäß Art. 14 Rom II-VO	171
b) Sonderanknüpfung nach Art. 7 Rom II-VO	173
aa) Umweltschädigung bzw. aus einer solchen Schädigung herrührender Personen- oder Sachschaden	173
bb) Wahlrecht des Geschädigten zugunsten des Handlungsortes	174
cc) Nach Art. 7 Rom II-VO anwendbares Recht in transnationalen Menschenrechtsfällen	176
c) Anknüpfung an das Recht des Erfolgsortes gemäß Art. 4 Rom II-VO	177
d) Zwischenergebnis	178
3. Korrekturmöglichkeiten	179
a) Teleologische Korrektur von Art. 4 Abs. 3 Rom II-VO?	179
b) Wahlmöglichkeit des Geschädigten gemäß Art. 7 Rom II-VO analog?	181
c) Ergebniskorrektur durch ordre public-Vorbehalt gemäß Art. 26 Rom II-VO	185
aa) Menschenrechte als Bestandteil des nationalen ordre public	185
bb) Hinreichender Inlandsbezug	186
cc) Anwendung ausländischen Rechts in transnationalen Menschenrechtsfällen als Verstoß gegen den nationalen ordre public?	187
dd) Rechtsfolgen bei Verstoß gegen den nationalen ordre public	190
d) Durchbrechung des Statuts kraft Eingriffsnormen gemäß Art. 16 Rom II-VO	191
aa) Begriff der Eingriffsnormen	191
bb) Grund- und Menschenrechte als Eingriffsnormen	192
cc) Arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen als Eingriffsnormen	193
dd) Strafrechtliche Normen (i.V.m. § 823 Abs. 2 BGB) als Eingriffsnormen	194
ee) § 823 Abs. 1 BGB als Eingriffsnorm	195

Inhaltsverzeichnis

ff) Zwischenergebnis	195
e) Berücksichtigung von Sicherheits- und Verhaltensregeln am Handlungsort gemäß Art. 17 Rom II-VO	196
aa) Der Begriff der Sicherheits- und Verhaltensregeln	196
bb) Rechtsfolge: faktische Berücksichtigung soweit angemessen	198
cc) Anwendung von Art. 17 Rom II-VO auch zulasten des Schädigers?	199
4. Anwendbares Recht für Ansprüche sogenannter mittelbar Geschädigter	201
III. Anwendbares Recht nach Art. 40 ff. EGBGB	202
IV. Zwischenergebnis	203
B. Haftung gemäß § 823 Abs. 1 BGB	203
I. Verletzung eines von § 823 Abs. 1 BGB geschützten Rechtsguts	204
1. Leben	205
2. Körper und Gesundheit	205
3. Freiheit	206
4. Eigentum	207
5. Sonstige Rechte: Allgemeines Persönlichkeitsrecht	208
6. Menschenrechte als sonstige Rechte	209
II. Verletzung einer dem Unternehmen obliegenden Verkehrspflicht	210
1. Adressat der Verkehrspflichten und „Übertragung“ von Verkehrspflichten	211
2. Verkehrspflichten im Unternehmen	213
a) Zurechnung über § 31 BGB und anwendbares Recht	213
b) Adressat der Verkehrspflichten – Abgrenzung zwischen den Verkehrspflichten der juristischen Person und den Verkehrspflichten der Organe	214
c) Unternehmerische Organisationspflichten im System zwischen Gehilfenhaftung und Verkehrspflichten	216
aa) Das Verhältnis der Organisationspflichten zu den Pflichten des Geschäftsherrn nach § 831 BGB	217

bb) Das Verhältnis zwischen Verkehrs- und Organisationspflichten	221
3. Möglichkeit zur Berücksichtigung der UN-Leitprinzipien und unternehmerischer Verhaltensstandards bei der Konkretisierung von Verkehrspflichten	224
a) Anerkannte Fälle der Berücksichtigung nichtstaatlicher Standards am Beispiel der überbetrieblichen technischen Normen	225
b) Kriterien für die Berücksichtigung außerrechtlicher Standards	231
aa) Verfassungsrechtliche Gesichtspunkte	232
bb) Anforderungen an den Regelgeber	234
cc) Anforderungen an das Verfahren der Regelsetzung	235
(1) Meinungsstand	236
(2) Stellungnahme	236
dd) Rezeption durch die Regeladressaten	237
ee) Inhaltliche Ausgestaltung der Regeln	238
(1) Einheitlichkeit	238
(2) Konkretisierungsgrad	239
(3) Verbindlichkeit	239
ff) Darüber hinausgehende Kriterien	240
gg) Bewertung der Kriterien	241
c) CSR-Standards im Lichte der Kriterien für die Berücksichtigung außerrechtlicher Standards	241
aa) Unternehmerische Verhaltensstandards und nichtfinanzielle Erklärungen	242
bb) Internationale Verhaltensstandards – exemplarisch anhand der UN-Leitprinzipien	246
(1) Regelgeber und Verfahren der Regelsetzung	246
(2) Rezeption durch die Regeladressaten	248
(3) Inhaltliche Ausgestaltung der Regeln	250
(a) Einheitlichkeit	250
(b) Konkretisierungsgrad	251
(c) Verbindlichkeit	253
(4) Darüber hinausgehende Kriterien	253
(5) Mögliche Einwände gegen die Heranziehung der UN-Leitprinzipien	255

Inhaltsverzeichnis

(a)	Fehlende gesetzgeberische Legitimation	255
(b)	Ausgestaltung als unverbindliches Instrument	256
(c)	Entgegenstehender gesetzgeberischer Wille durch Ablehnung entsprechender Anträge der Opposition	256
d)	Zwischenergebnis	259
4.	Verkehrspflichten eines transnationalen Unternehmens in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen im Ausland	261
a)	Konzernweite Verkehrspflichten in Bezug auf abhängige Unternehmen	263
aa)	Tendenz zur einheitlichen Betrachtung des Konzerns in anderen Rechtsgebieten	264
bb)	Konzernweite Verkehrspflichten des Unternehmens, insbesondere im Recht der Produzentenhaftung	265
(1)	Die Haftung von Konzerngesellschaften in der Rechtsprechung	266
(2)	Befürwortende Auffassungen im Schrifttum	266
(3)	Kritische Auffassungen im Schrifttum	269
cc)	Stellungnahme	271
(1)	Übertragbarkeit des Haftungsmaßstabs aus und der entsprechenden Rechtsprechung zu § 93 AktG	273
(2)	Entstehung von Verkehrspflichten	274
(a)	Verkehrspflichten bei Einflussnahme durch das herrschende Unternehmen	274
(b)	Verkehrspflichten allein aufgrund der Einflussnahmemöglichkeit des herrschenden Unternehmens – Pflicht zur Einflussnahme?	280
(c)	Verstoß gegen gesellschafts- und konzernrechtliche Wertungen?	284

(3) Inhalt und Umfang der Verkehrspflichten bei tatsächlicher Einflussnahme durch allgemeine Vorgaben des herrschenden Unternehmens	286
(a) Verstoß gegen unternehmerische Verhaltensstandards bzw. nichtfinanzielle Erklärungen	287
(b) Unzureichende Vorgaben	288
(c) Fehlende oder unzureichende Überwachung der Einhaltung der Standards im Einzelfall	288
(d) Fehlende oder unzureichende Organisationsstruktur zur Umsetzung der Vorgaben	290
(e) Fehlende oder unzureichende Reaktion auf festgestellte Mängel	291
(f) Gefahr der ex post-Betrachtung	292
b) Verkehrspflichten in Bezug auf selbstständige Dritte, insbesondere Zulieferunternehmen	294
aa) Verkehrspflichten bei der Beauftragung selbstständiger Unternehmer	294
bb) Verkehrspflichten in Bezug auf selbstständige Dritte, insbesondere Zulieferunternehmen, in transnationalen Menschenrechtsfällen	298
(1) Entstehung von Verkehrspflichten	298
(2) Inhalt und Umfang der Verkehrspflichten	300
(a) Ableitung aus unternehmerischen Verhaltensstandards bzw. nichtfinanziellen Erklärungen	301
(b) Pflichten zur sorgfältigen Auswahl	301
(c) Pflichten zur sorgfältigen Überwachung	302
(d) Bestimmung der konkreten Anforderungen an Auswahl und Überwachung	305
(e) Hinreichende Reaktion auf festgestellte Mängel	306

Inhaltsverzeichnis

(3) Die Bedeutung von Compliance-Klauseln	308
(a) Compliance-Klauseln und AGB-Recht	309
(b) Einhaltung der Verkehrspflichten durch Compliance-Klauseln?	310
(c) Verpflichtung zur Aufnahme von Compliance-Klauseln in den Vertrag?	311
cc) Sonderfall Zulieferbeziehungen: Erstreckung der Verkehrspflichten auf sämtliche Ebenen der Zulieferkette?	313
(1) Die Reichweite der menschenrechtlichen Sorgfalt in den UN-Leitprinzipien	314
(2) Pflicht zur entsprechenden Vertragsgestaltung – Verpflichtung der Einhaltung der Regeln durch Dritte als Bestandteil von Compliance-Klauseln	314
(3) Bestimmung der Reichweite der Verkehrspflichten anhand der allgemeinen Kriterien für die Entstehung von Verkehrspflichten	316
(a) Grundsatz: Beschränkung der Verkehrspflichten auf direkte Vertragspartner	316
(b) Ausnahme: Verkehrspflichten bei entsprechenden Angaben in unternehmerischen Verhaltensstandards bzw. nichtfinanziellen Erklärungen	318
(c) Ausnahme: Verkehrspflichten bei tatsächlicher Einflussnahme	319
(d) Ausnahme: sorgfaltswidrige Auswahl unmittelbarer Vertragspartner	319
5. Beweislast	320
III. Haftungsbegründende Kausalität	323
1. Grundlagen	323

2. Beweislast	325
a) Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens	325
b) Typische Beweisprobleme in transnationalen Menschenrechtsfällen	326
c) Modifizierung der Beweislast bei Verstoß gegen die UN-Leitprinzipien	327
d) Modifizierung der Beweislast bei Verletzung von Verkehrspflichten	328
IV. Rechtswidrigkeit	330
V. Verschulden	332
1. Verhältnis von Verkehrspflichten und Verschulden	332
2. Verschulden in transnationalen Menschenrechtsfällen	334
VI. Ersatzfähiger Schaden	335
VII. Haftungsausfüllende Kausalität	336
VIII. Zwischenergebnis	337
C. Haftung gemäß § 831 Abs. 1 BGB	339
I. Verrichtungsgehilfeneigenschaft von selbstständigen Vertragspartnern, insbesondere Zulieferunternehmen	340
II. Verrichtungsgehilfeneigenschaft von Konzernunternehmen	342
1. Meinungsstand	342
2. Stellungnahme	344
III. Beweislast des Verletzten in Bezug auf die Verrichtungsgehilfeneigenschaft	345
IV. Haftung für Compliance Officer als Verrichtungsgehilfen	346
V. Zwischenergebnis	348
D. Haftung gemäß § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. einem Schutzgesetz	349
I. Der Begriff des Schutzgesetzes i.S.v. § 823 Abs. 2 BGB	350
II. Verletzung der Menschenrechte als Schutzgesetzverletzung i.S.v. § 823 Abs. 2 BGB	351
III. Verletzung von internationalen Verhaltensstandards als Schutzgesetzverletzung i.S.v. § 823 Abs. 2 BGB	353
IV. Verletzung strafrechtlicher Normen als Schutzgesetzverletzung i.S.v. § 823 Abs. 2 BGB	353
1. Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts	355
2. Beispiele für potentiell verletzte Strafgesetze und deren Schutzgesetzeigenschaft	356

Inhaltsverzeichnis

3. Strafbarkeit aufgrund vorsätzlichen aktiven Tuns	359
a) Mittelbare Täterschaft kraft Organisationsherrschaft	359
b) Teilnahme	364
4. Strafbarkeit aufgrund vorsätzlichen Unterlassens	366
a) Strafrechtliche Geschäftsherrenhaftung	366
aa) Rechtsprechung	366
bb) Schrifttum	367
cc) Stellungnahme	369
b) Unterlassensstrafbarkeit und entsprechende Haftung in transnationalen Menschenrechtsfällen	370
5. Fahrlässigkeitsstrafbarkeit	374
6. Zwischenergebnis	375
V. Verletzung von § 130 OWiG als Verletzung eines Schutzgesetzes i.S.v. § 823 Abs. 2 BGB	376
VI. Zwischenergebnis	378
E. Haftung gemäß § 826 BGB	379
I. Grundlagen	379
1. Anwendbarkeit neben § 823 BGB	379
2. Eintritt eines Schadens	380
3. Sittenwidrigkeit der Schädigung	380
4. Vorsatz	382
5. Kausalität	384
II. Vorsätzliche sittenwidrige Schädigung in transnationalen Menschenrechtsfällen	384
F. Rechtsdurchsetzung	386
I. Menschenrechte in der Schiedsgerichtsbarkeit	387
II. Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte für Klagen gegen deutsche Konzernobergesellschaften / Gesellschaften an der Spitze der Zulieferkette	390
III. Tatsächliche und zivilprozessuale Schwierigkeiten in transnationalen Menschenrechtsfällen	391
1. Verfahrenskosten	392
2. Fehlende kollektive Rechtsschutzmöglichkeiten	393
3. Fehlende Auskunftsrechte – fehlende Verpflichtung zur Offenlegung unternehmensinterner Dokumente	394

§ 17 Gesellschaftsrecht	395
A. Anwendbares Recht	396
I. Anwendbares Recht für den Haftungsdurchgriff	396
II. Anwendbares Recht für die Haftung der Leitungsorgane	397
B. Haftung der herrschenden Gesellschaft für Verbindlichkeiten abhängiger Gesellschaften kraft Haftungsdurchgriffs	398
I. Durchbrechung des gesellschaftsrechtlichen Trennungsprinzips kraft Haftungsdurchgriffs – Fallgruppen	399
II. Haftungsdurchgriff in transnationalen Menschenrechtsfällen	401
C. Haftung der Leitungsorgane der Konzernobergesellschaft gemäß §§ 93 Abs. 2, 76 Abs. 1 AktG für fehlende / unzureichende Compliance-Maßnahmen	404
I. §§ 93 Abs. 2, 76 Abs. 1 AktG als geeignete Rechtsgrundlage für Compliance-Pflichten des Vorstands	405
II. Pflicht des Vorstands zur Compliance-Organisation	406
III. Compliance-Pflichten des Aufsichtsrates	409
IV. Compliance im Konzern	410
1. Herleitung konzernweiter Compliance-Pflichten	410
2. Inhalt konzernweiter Compliance-Pflichten	412
3. Grenzen konzernweiter Compliance-Pflichten	413
V. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen die Pflicht aus §§ 76 Abs. 1, 93 Abs. 1 AktG	414
VI. Bedeutung der Haftung bei fehlenden / unzureichenden Compliance-Maßnahmen in transnationalen Menschenrechtsfällen	415
 Kapitel 6 Haftung des Unternehmens aufgrund fehlerhafter öffentlicher Angaben zu CSR-Maßnahmen	 419
§ 18 Möglichkeit zur Vertragsanfechtung wegen arglistiger Täuschung	420
A. Angaben über CSR-Maßnahmen als Tatsachen	421
B. Täuschungshandlung	422
C. Kausalität zwischen Täuschungshandlung, Irrtum und Willenserklärung	427

Inhaltsverzeichnis

§ 19 Haftung nach dem Mängelgewährleistungsrecht:	
Nichteinhaltung von Angaben zu CSR-Maßnahmen als Grundlage für einen Sachmangel gemäß § 434 Abs. 1 S. 3 BGB	428
A. Praktische Bedeutung	428
B. Angaben zu CSR-Maßnahmen als öffentliche Äußerung i.S.v. § 434 Abs. 1 S. 3 BGB	430
I. Anforderungen an eine öffentliche Äußerung i.S.v. § 434 Abs. 1 S. 3 BGB	431
II. Produkt- und unternehmensbezogene Angaben sowie solche in Nachhaltigkeitsberichten als öffentliche Äußerung	432
C. Person des Äußernden	433
D. Berechtigte Erwartung bestimmter Eigenschaften	434
I. Produktionsbedingungen o.Ä. als Bestandteil der Eigenschaft / Beschaffenheit einer Kaufsache	435
II. Rückschluss auf bestimmte Eigenschaften der Kaufsache aufgrund von CSR-Angaben	436
E. Kein Ausschluss der Haftung	438
F. Rechtsfolgen	439
G. Möglichkeit zum Regress beim Hersteller	439
H. Zwischenergebnis	440
§ 20 Haftung aus culpa in contrahendo gemäß §§ 311 Abs. 1 Nr. 1, 241 Abs. 2 BGB	441
§ 21 Nichteinhaltung von Angaben zu CSR-Maßnahmen im Recht des unlauteren Wettbewerbs	442
A. Praktische Bedeutung	443
B. Angaben zu CSR-Maßnahmen als geschäftliche Handlung	445
C. Nichteinhaltung von Angaben zu CSR-Maßnahmen als Verstoß gegen § 3 Abs. 3 UWG i.V.m. dem Anhang zum UWG	449
D. Nichteinhaltung von Angaben zu CSR-Maßnahmen als irreführende geschäftliche Handlung gemäß § 5 UWG	450
I. Angaben i.S.v. § 5 Abs. 1 S. 2 UWG	450
II. § 5 Abs. 1 S. 2 Alt. 1 UWG: unwahre Angabe	450
III. Sonstige zur Täuschung geeignete Angaben	452
1. Produktionsbedingungen als „wesentliche Merkmale“ gemäß § 5 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 UWG	452
2. CSR-Maßnahmen als (verbindlicher) Verhaltenskodex i.S.v. § 5 Abs. 1 S. 2 Nr. 6 UWG	453

3. Täuschungseignung	454
IV. Zwischenergebnis	456
E. Nichteinhaltung von Angaben zu CSR-Maßnahmen als Rechtsbruch i.S.v. § 3a UWG	456
F. Nichteinhaltung von Angaben zu CSR-Maßnahmen als unlautere geschäftliche Handlung i.S.d. lauterkeitsrechtlichen Generalklausel, § 3 Abs. 1 UWG	457
G. Zwischenergebnis	459
§ 22 Haftung gemäß § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. einem Schutzgesetz	460
§ 23 Haftung aufgrund einer Verletzung der Pflicht zur nichtfinanziellen Erklärung aus §§ 289b, 315b HGB	460
A. Adressaten	461
B. Form, Inhalt sowie Art und Weise der Berichterstattung	463
C. Konsequenzen eines Verstoßes gegen die Pflicht zur nichtfinanziellen Erklärung	466
D. Bedeutung für transnationale Menschenrechtsfälle, insbesondere verhaltenssteuernde Wirkung von Berichtspflichten	468
Kapitel 7 Schlussbetrachtung	474
§ 24 Rechtsgebietsübergreifende Betrachtung	474
A. Beweislast	474
B. Rechtliche Bedeutung öffentlicher Angaben des Unternehmens	477
§ 25 Zusammenfassung der wesentlichen Untersuchungsergebnisse	480
A. Menschenrechtliche Verantwortlichkeit transnationaler Unternehmen und Corporate Social Responsibility	480
B. Völkerrechtliche Verantwortlichkeit	481
C. Haftung von Unternehmen gegenüber Geschädigten nach nationalem Recht	483
I. Zulässigkeit und Geeignetheit des Rückgriffs auf nationales Recht	483
II. Vertragsrecht	483
III. Deliktsrecht	484
IV. Gesellschaftsrecht	491

Inhaltsverzeichnis

D. Haftung des Unternehmens aufgrund fehlerhafter öffentlicher Angaben zu CSR-Maßnahmen	492
I. Möglichkeit zur Vertragsanfechtung wegen arglistiger Täuschung	492
II. Verantwortlichkeit nach dem Mängelgewährleistungsrecht	493
III. Haftung aus culpa in contrahendo	494
IV. Nichteinhaltung von Angaben zu CSR-Maßnahmen im Recht des unlauteren Wettbewerbs	494
V. Haftung gemäß § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. einem Schutzgesetz	495
VI. Haftung aufgrund einer Verletzung der Pflicht zur nichtfinanziellen Erklärung	495
§ 26 Ausblick: Menschenrechtshaftung de lege ferenda	496
Literaturverzeichnis	507
Register	543

Abkürzungsverzeichnis

a.A., A.A.	andere Ansicht
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
Accord	Bangladesh Accord on Fire and Building Safety in Bangladesh
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Die Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AJIL	The American Journal of International Law
AktG	Aktiengesetz
AL	Ad Legendum
al.	andere
Alt.	Alternative
AmJCompL	The American Journal of Comparative Law
Anh / Anh.	Anhang
Anm. d. Verf.	Anmerkung der Verfasserin
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
Artikel über die Staatenverantwortlichkeit	Artikel über die Verantwortlichkeit der Staaten für völkerrechtswidrige Handlungen
AtomG	Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren
ATS	Alien Tort Statute
Aufl.	Auflage
AVR	Archiv des Völkerrechts
Bad Homburg v.d.H.	Bad Homburg von der Höhe
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
Bangladesh Accord	Bangladesh Accord on Fire and Building Safety in Bangladesh
BAnz.	Bundesanzeiger
BauR	Baurecht

Abkürzungsverzeichnis

BB	Betriebs-Berater
BDGVR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
BeckOK	Beck'scher Online Kommentar
BeckRS	Beck online Rechtsprechung
Beil.	Beilage
BEQ	Business Ethics Quarterly
Beschl.	Beschluss
Beweisbeschl.	Beweisbeschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BHI	Bau- und Holzarbeiter Internationale (globaler Gewerkschaftsbund)
BHRJ	Business and Human Rights Journal
BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BrookJIntL	Brooklyn Journal of International Law
Brüssel Ia-VO	Verordnung (EU) Nr. 1214/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
Brüssel I-VO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
BSCI	Business Social Compliance Initiative
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BT	Bundestag
BT-Drucks.	Drucksache des deutschen Bundestages
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CCZ	Corporate-Compliance-Zeitschrift

CEN	Europäisches Komitee für Normung (Comité Européen de Normalisation)
CENELEC	Europäisches Komitee für elektrotechnische Normung (Comité Européen de Normalisation Électrotechnique)
CESCR	UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Committee on Economic, Social and Cultural Rights)
CHR	UN-Menschenrechtskommission (Commission on Human Rights)
Co.	Company
CorA	Corporate Accountability (Netzwerk für Unternehmensverantwortung)
CRC	UN-Kinderrechteausschuss (Committee on the Rights of the Child)
CSR	Corporate Social Responsibility
CSR-RL / CSR-Richtlinie	Richtlinie 2014/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Angabe nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte große Unternehmen und Gruppen
CSR-RUG	Gesetz zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz)
DB	Der Betrieb
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
dies.	dieselbe, dieselben
DIMR	Deutsches Institut für Menschenrechte
DIN	Deutsches Institut für Normung
Diss.	Dissertation
DRÄS	Deutscher Rechnungslegungs Änderungsstandard
DStR	Deutsches Steuerrecht
ECL	European Company Law
ECLI	European Case Law Identifier
ECOSOC	Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (Economic and Social Council)
EFZG	Gesetz über die Zahlung des Arbeitsentgelts an Feiertagen und im Krankheitsfall
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einl / Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention

Abkürzungsverzeichnis

endg.	endgültig
ERPL	European Review of Private Law
et al.	und andere
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuGVÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuGVVO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuIPR	Europäisches Kollisionsrecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZPR	Europäisches Zivilprozessrecht
EuZVR	Europäisches Zivilverfahrensrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Erwägungsgrund, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgend
ff.	folgende
FIS	Internationaler Skiverband (Fédération Internationale de Ski)
FIS-Regeln	Verhaltensregeln für Skifahrer und Snowboarder
Fn.	Fußnote
Frankfurt a.M.	Frankfurt am Main
FS	Festschrift
FW	Die Friedenswarte
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
GesR	Gesellschaftsrecht
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GLJ	German Law Journal
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GRI	Global Reporting Initiative
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht

GRUR-Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil
GS	Gedächtnisschrift
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
h.M.	herrschende Meinung
HaftungsR	Haftungsrecht
HGB	Handelsgesetzbuch
Hinweisbeschl.	Hinweisbeschluss
HK-BGB	Handkommentar Bürgerliches Gesetzbuch
HK-ZPO	Handkommentar Zivilprozessordnung
Holzhandelsverordnung	Verordnung (EU) Nr. 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.10.2010 über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzzeugnisse in Verkehr bringen
HolzSiG	Gesetz gegen den Handel mit illegal eingeschlagenem Holz
HR	Human Rights
HRC	UN-Menschenrechtsrat (Human Rights Council)
HRLJ	Human Rights Law Journal
HRLR	Human Rights Law Review
HRQ	Human Rights Quarterly
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
I.C.J. Reports	Berichte des Internationalen Gerichtshofs
i.d.F.	in der Fassung
i.E., I.E.	im Ergebnis
i.R.v.	im Rahmen von
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
IA	International Affairs
IAGMR	Inter-amerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
ICHRP	International Council on Human Rights Policy
ICTR	Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda (International Criminal Tribunal for Rwanda)
ICTY	Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia)
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
IEC	Internationale Elektrotechnische Kommission (International Electrotechnical Commission)
IGH	Internationaler Gerichtshof
IJPL	International Journal of Procedural Law
ILO	Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization)

Abkürzungsverzeichnis

insb.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung
Int. VertragsR	Internationales Vertragsrecht
Int. WirtschaftsR	Internationales Wirtschaftsrecht
IntGesR	Internationales Gesellschaftsrecht
IPBPR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPWSKR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
IRZ	Zeitschrift für Internationale Rechnungslegung
ISO	Internationale Organisation für Normung (International Organization for Standardization)
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
JArbSchG	Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend
JETL	Journal of European Tort Law
JICJ	Journal of International Criminal Justice
JR	Juristische Rundschau
JURA	Juristische Ausbildung
JuS	Zeitschrift für juristische Schulung
JWIT	The Journal of World Investment and Trade
JZ	Juristenzeitung
KartellR	Kartellrecht
KG	Kammergericht, Kommanditgesellschaft
KJ	Kritische Justiz
KK-AktG	Kölner Kommentar zum Aktiengesetz
Konfliktmineralienverordnung	Verordnung (EU) 2017/821 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.05.2017 zur Festlegung von Pflichten zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten in der Lieferkette für Unionseinführer von Zinn, Tantal, Wolfram, deren Erzen und Gold aus Konflikt- und Hochrisikogebieten
KonzernR	Konzernrecht
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
Leitprinzipien	UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte
LG	Landgericht
lit.	Buchstabe
Lit.	Literatur
LK-StGB	Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch
Loi de vigilance	Loi relative au devoir de vigilance des sociétés mères et des entreprises donneuses d'ordre (n° 2017-399)
LP	Leitprinzip
Ltd.	Limited
m.E.	meines Erachtens

m.N.	mit Nachweisen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
m.zahlr.w.N.	mit zahlreichen weiteren Nachweisen
Maastrichter Prinzipien	Maastrichter Prinzipien zu den extraterritorialen Staatenpflichten im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte
Max Planck UNYB	Max Planck Yearbook of United Nations Law
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht
MelbJIntlL	Melbourne Journal of International Law
MichLRev	Michigan Law Review
MMR	MultiMedia und Recht
MNE & Law	Multinational Enterprises and the Law
Mot. II	Motive zu dem Entwurfe eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich, Band II: Recht der Schuldverhältnisse
MPEoIL	The Max Planck Encyclopedia of Public International Law
MR	Menschenrechte
MR-Schutz	Menschenrechtsschutz
MüHB-GesR	Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts
MüKo-AktG	Münchener Kommentar zum Aktiengesetz
MüKo-BGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MüKo-GmbHG	Münchener Kommentar zum Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
MüKo-StGB	Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch
MüKo-UWG	Münchener Kommentar zum Lauterkeitsrecht
MüKo-ZPO	Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung
MuSchG	Gesetz zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, in der Ausbildung und im Studium
n.F.	neue Fassung
NAP	Nationaler Aktionsplan
NILR	Netherlands International Law Review
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-Beil.	Neue Juristische Wochenschrift Beilage
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
NK-BGB	Nomos-Kommentar Bürgerliches Gesetzbuch
NKS	Nationale Kontaktstelle
NK-StGB	Nomos Kommentar Strafgesetzbuch
No.	Nummer
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechungs-Report
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht

Abkürzungsverzeichnis

NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
NZWiSt	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
o.	oben
o.Ä.	oder Ähnliches, oder Ähnlichem
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development)
OECD-Leitsätze	OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen
OHCHR	Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte (Office of the High Commissioner for Human Rights)
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
P&P	Problems and Process
PCIJ	Ständiger Internationaler Gerichtshof (Permanent Court of International Justice)
Plc./plc	Public Limited Company
ProdHaftG	Gesetz über die Haftung für fehlerhafte Produkte
Prot. II	Protokolle der Kommission für die Zweite Lesung des Entwurfs des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Band II: Recht der Schuldverhältnisse Abschn. II Tit. 2 bis 20, Abschnitt III und IV
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RegE	Regierungsentwurf
RG	Reichsgericht
RGBL	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rom II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rspr.	Rechtsprechung
RVG	Gesetz über die Vergütung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte
RW	Rechtswissenschaft
S.	Satz, Seite, siehe

s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten
SA8000	Social-Accountability 8000-Standard
SAAS	Social Accountability Accreditation Service
SAI	Social Accountability International
SB KonzernR	Studienbuch Konzernrecht
SchuldR	Schuldrecht
SchuldR AT	Schuldrecht Allgemeiner Teil
SchuldR BT	Schuldrecht Besonderer Teil
SEV	Sammlung der Europäischen Verträge (bis 2003) / Sammlung der Europaratsverträge (seit 2004)
Sp.	Spalte
SportR	Praxishandbuch Sportrecht
SRSg	UN-Sonderbeauftragter (Special Representative of the Secretary General)
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StGB	Strafgesetzbuch
StrafR AT	Strafrecht Allgemeiner Teil
StVG	Straßenverkehrsgesetz
Textilbündnis	Bündnis für nachhaltige Textilien
TOI	Umsetzungsbedingungen
TOI Geschäftspartner	Umsetzungsbedingungen für amfori BSCI Teilnehmer
TOI Produzenten	Umsetzungsbedingungen für Geschäftspartner
TOI Teilnehmer	Umsetzungsbedingungen für in den amfori BSCI-Prozess einzubeziehende Geschäftspartner (Produzenten)
TVG	Tarifvertragsgesetz
u.	unten
u.a.	unter anderem, und andere
Uabs.	Unterabsatz
UKlaG	Gesetz über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen
UmweltHG	Umwelthaftungsgesetz
UmweltHR	Umwelthaftungsrecht
UN	Vereinte Nationen (United Nations)
UNCITRAL	Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht
UNCTAD	Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (United Nations Conference on Trade and Development)
UN-Dok.	UN-Dokument
UNI	UNI Global Union
UN-Leitprinzipien	UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte
UN-Normen	Normen für die Verantwortlichkeiten transnationaler Unternehmen und anderer Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte

Abkürzungsverzeichnis

UPR	Umwelt- und Planungsrecht
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte
Urt.	Urteil
US	Vereinigte Staaten (United States)
USA	Vereinigte Staaten von Amerika (United States of America)
USchadG	Gesetz über die Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden
UtrechtLRev	Utrecht Law Review
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	vom, vor, von, gegen (versus)
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen
VaJIntlL	Virginia Journal of International Law
VDE	Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik
VDI	Verein Deutscher Ingenieure
VENRO	Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen
VersR	Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht
VertriebsR	Vertriebsrecht
vgl.	vergleiche
VgV	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge
VJTL	Vanderbilt Journal of Transnational Law
VO	Verordnung
Vorb., Vorbem, Vorbem.	Vorbemerkung
VRÜ	Verfassung und Recht in Übersee
VSD	Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
VuR	Verbraucher und Recht
w.N.	weitere(n) Nachweise(n)
WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts
WirtschaftsstrafR	Wirtschaftsstrafrecht
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge
YaleLJ	The Yale Law Journal
z.B.	zum Beispiel
zahlr.	zahlreichen
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
zfmr	Zeitschrift für Menschenrechte

Abkürzungsverzeichnis

zfs	Zeitschrift für Schadensrecht
zfwu	Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZIP Beil.	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht Beilage
ZIS	Zeitschrift für internationale Strafrechtsdogmatik
ZJS	Zeitschrift für das juristische Studium
ZLR	Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
zugl.	zugleich
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft

